

Rede des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Johannes Krause, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2009 der Stadt Halle

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

die Beratungen zum Haushalt 2011 waren noch schwieriger als die im letzten Jahr. Das hat nicht allein mit der Haushaltsnotlage unserer Stadt zu tun.

Die Planaufstellung war durch den späten Bescheid des Landesverwaltungsamtes zum Nachtragshaushalt 2010 und den schleppenden Prozess der Gesetzgebung zum Bildungs- und Teilhabepaket deutlich erschwert.

Herr Geier war mit seinem Bemühen um die Defizitverringering manchmal sehr einsam auf der Verwaltungsbank - das muss besser werden. Ich ermahne alle Beigeordneten hier zu mehr Haushaltsdisziplin und sage insbesondere: Den Satz „Ich sehe in meinem Bereich keinerlei Einsparungsmöglichkeiten mehr.“ will ich bei der nächsten Haushaltsberatung nicht noch einmal hören.

Wir haben nicht fünf kleine Stadtverwaltungen, sondern eine. Der Rat ist ein Teil der Verwaltung und die Verantwortung für das Gelingen der Haushaltsplanung tragen wir gemeinsam. Übrigens auch an uns als Stadträte, das Klein-Klein zum Schluss - zum Teil im Finanzausschuss - Fachausschussdiskussionen zu führen, hat mich manchmal, ehrlich gesagt, sehr genervt und wäre auch unnötig, wenn sozusagen die Kommunikation auch zwischen den Zuständigen besser laufen würde.

Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsplan zustimmen. Wir fühlen uns aber nicht wohl dabei, denn der Beschluss erreicht nicht die im Konsolidierungsplan vorgesehene Defizitgrenze. Wir alle müssen uns fragen, ob wir nicht in der Pflicht sind, einen Haushalt nur zu verabschieden, von dem sicher ist, dass er auch genehmigt und vollzogen wird.

Ohne Zweifel stehen wir hier in der Verantwortung. Aber genauso stehen wir in der Verantwortung, eine Haushaltsplanung zu machen, die es erlaubt, die städtischen Aufgaben zu erfüllen.

Ich bin sicher, der vorliegende Entwurf stellt hier die Grenze des Möglichen dar und an vielen Stellen überschreitet er diese Grenze. Der gesamte Sachausgabenbereich ist unterfinanziert. Das reicht von der Bauunterhaltung, über die Reparaturen an Straßen bis zur Büromöbelbeschaffung.

Da nützt es nichts, wenn wir real in den vergangenen Jahren an vielen Stellen weniger ausgegeben haben als geplant war. Denn in der Regel ist es nicht so, dass das Geld nicht gebraucht würde. Selbstverständlich könnten wir den Plan mit ein paar Buchungstricks besser aussehen lassen. Wir schieben Notwendiges und Dringendes vor uns her und der Buckel wird immer größer.

Aber müssten wir nicht auch tiefe Einschnitte in die Leistungen hinnehmen und den Haushalt um jeden Preis konsolidieren? So sieht es die Kommunalaufsicht. Wenn ich mir anschau wie der Gesetzgeber mit uns verfährt, sage ich: Nein, das müssen wir nicht tun, das dürfen wir nicht tun.

Das Land enthält der Stadt Halle etwa 30 Mio. € vor, die gemessen an den städtischen Aufgaben im Rahmen des Finanzausgleichs zu deren Finanzierung zu zahlen wären. Das sind 15 % der uns zustehenden Summe.

Herr Geier, Sie sprachen von einem Aufwuchs von 10,3 %, die der Stadtrat beschlossen hat im Rahmen der Aufgaben, die zu erledigen sind. Hier reden wir nicht von Speck, der dann weg ist. Wir reden von Aufgaben, die dringend erledigt werden müssen. Und der Sachverhalt, dass diese 30 Mio. € aufgabenbezogen uns vorenthalten werden, ist im Auftrag der Landesregierung gutachterlich festgestellt worden und in der Sache unbestritten.

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sagt im Artikel 87 Abs. I - ich zitiere: *„Den Kommunen können durch Gesetz Pflichtaufgaben zur Erfüllung in eigener Verantwortung zugewiesen und staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen werden. Dabei ist gleichzeitig die Deckung der Kosten zu regeln. Führt die Aufgabenwahrnehmung zu einer Mehrbelastung der Kommunen, ist ein angemessener Ausgleich zu schaffen.“*

Ich weiß, dass die gängige rechtliche Interpretation dieser Regelung es uns nicht einfach erlaubt, uns auf dem auf dem Klageweg unser Recht zu verschaffen. Aber ich weiß auch, was richtig und was falsch ist. Hier verletzt das Land den Geist der Verfassung und das ist falsch.

Deswegen erwarte ich, dass die Landesverwaltung den Haushalt der Stadt Halle im Jahr 2011 genehmigt - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich erwarte, dass die neue Landesregierung dafür sorgt, dass dies geschieht und ich erwarte, dass der Landtag das klärt.

Was wir nicht erwarten können, ist, dass eine Genehmigung ohne Auflagen erfolgt. Aber auch hier finde ich, ist es an der Zeit, einen deutlichen Kurswechsel anzumahnen.

Die Regeln, die mit solchen Auflagen einhergehen, haben zum Teil verheerende Wirkungen. Wir wissen das aus jahrelangen Diskussionen über Zuschüsse an Vereine und soziale Träger sehr genau.

Hinzu kommt, dass in vielen Fällen der Verwaltungsaufwand zur Freigabe des einzelnen Zuschusses kostenmäßig oft die Höhe des Zuschusses übersteigt. Aber die Kommunalaufsicht schaut eben nicht auf die Wirtschaftlichkeit und den Sinn, sondern auf den Buchstaben des Gesetzes.

Ich will es hier einmal an dem Problem der Brunnenabschaltung beschreiben. Wir sind gezwungen, überall da zu sparen, wo die Stadt keine Rechtsverpflichtungen erfüllen muss und die Ausgabe nicht unabweisbar ist. Beides gilt für die städtischen Brunnen nicht. Eigentlich muss die Verwaltung konsequent alle städtischen Wasserspiele abschalten. Sie spart dabei aber nur den Wasserpreis. Die Kosten für Grundpreis und die Unterhaltung der technischen Anlagen laufen weiter.

Die gesparte Summe konsolidiert den Haushalt gewiss nicht. Das ist klar. Der Verlust an Lebensqualität, der letztlich mit dem tristen Bild trockengelegter Brunnen einhergeht, steht in keinem Verhältnis zu den erreichten Einsparungen. Auch das ist klar.

Was tun wir hier? Es ist aus meiner Sicht grober Unfug!

Wir alle wissen das und die Kollegen im Landesverwaltungsamt wissen das auch. Wir brauchen eine Kommunalaufsicht, die uns hilft, an den Stellen Prioritäten zu setzen, die auch relevant für die Konsolidierung sind. Eine Kommunalaufsicht, die die kleinen Karos zählt, brauchen wir nicht.

Das gilt auch für den Umgang mit dem VNG-Geld. Das Landesverwaltungsamt verlangt von uns, auf mögliche Einnahmen zu verzichten mit der Begründung, das Haushaltsrecht müsse eingehalten werden. Wie sollen wir das wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären? Wir sollen uns unwirtschaftlich verhalten, damit wir uns rechtskonform verhalten.

In der Gemeindeordnung steht in der Tat kein Satz darüber, dass die Regeln und Gesetze nach dem Maßstab der Vernunft anzuwenden sind. Wahrscheinlich hielt der Gesetzgeber das für selbstverständlich. Ich hoffe jedenfalls, dass mit dem Ende der Ära Leimbach ein anderer Geist im Landesverwaltungsamt einzieht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

weil wir von der Genehmigungsfähigkeit des vorgelegten Haushaltes ausgehen - ich habe dargestellt warum -, haben wir eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen, die auch Mehrheiten im Finanzausschuss gefunden haben.

So werden für den Erhalt des Baumbestandes und die bauliche Unterhaltung der Spielplätze jeweils 120.000 € mehr verwendet werden können. Besonders freut es mich, dass wir es geschafft haben, im Vermögenshaushalt eine Deckung von 850.000 € zu finden, mit denen Dünnschichtbeläge auf kaputte Straßen aufgebracht werden können.

Das ist nicht nur vielerorts dringend nötig. Es ist auch wirtschaftlich, denn im Gegensatz zu einfachen Schlaglochreparaturen, die alle Jahre wieder neu zu machen sind, sichert ein Dünnschichtbelag eine Straße bis zu 10 Jahre lang. Das hilft, unnötige Reparaturkosten zu vermeiden.

Für alle unsere Änderungsvorschläge haben wir als SPD-Fraktion übrigens auch eine Deckung gefunden, so dass diese Veränderungen das Defizit nicht erhöhen.

Ausdrücklich stimmen wir dem Bemühen zu, im Vermögenshaushalt Geld für den Brandschutz an Schulen und Kindertageseinrichtungen umzuwidmen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und auch hier ist es gelungen, eine Deckung zu finden.

Der Haushalt insgesamt ist nicht befriedigend. Aber die Stadt muss leben und sie muss funktionieren. Darum werden wir zustimmen und bitten alle Kolleginnen und Kollegen, das auch zu tun.